

Wirtschaft

Das „Rettungsdekret für Italien“

BOZEN. Das sogenannte „Rettungsdekret für Italien“, wie es Ministerpräsident Mario Monti bezeichnet, wird den italienischen Bürgern einiges abverlangen. Das Maßnahmenpaket in der Höhe von rund 30 Milliarden Euro sieht etwa Einschnitte bei den Pensionen als auch die Wiedereinführung der Gemeindeimmobiliensteuer ICI

vor. Bereits ab 2012 könnte auch die Mehrwertsteuer erneut erhöht werden – auch eine Luxussteuer ist vorgesehen. Auch das Land Südtirol soll trotz des Mailänder Abkommens rund 120 Millionen Euro zur Sanierung des italienischen Haushaltes beitragen. Die Landesregierung erwägt eine Verfassungsklage.

Das Monti-Sparpaket – Eine erste Analyse

SCHULDENKRISE: Zwei Finanzexperten über das Maßnahmenpaket Italiens – „Die italienische Regierung hatte keine andere Wahl“

BOZEN (D). Wie wird sich das Sparpaket der Regierung Monti auf die Bürger und die gesamten italienische Wirtschaft auswirken? Diese Frage haben die „Dolomiten“ den beiden an der Universität Innsbruck lehrenden Finanzrechtsexperten Walter Steinmair und Peter Hilpold gestellt. Mit einem teilweise ernüchternden Ergebnis.

„Dolomiten“: Wie lautet Ihr erstes Urteil über dieses Maßnahmenpaket?

Peter Hilpold: Ein erstes Urteil kann lauten: Die italienische Regierung hatte keine andere Wahl. Italien steht mit dem Rücken zur Wand. Die Regierung muss dringend Liquidität beschaffen, um ihre laufenden Ausgaben finanzieren zu können und, in weiterer Folge, um die Märkte zu beruhigen. Und dabei sind ihr in vielen Bereichen die Hände gebunden, da das letzte Wort nach wie vor die Großparteien haben. Auf einem anderen Blatt geschrieben steht die Frage der Steuergerechtigkeit und der Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen.

„Eine große Gruppe von Pensionisten, die nur geringe Beiträge entrichtet hat, muss von Beitragspflichtigen finanziert werden, deren Pensionsanspruch in immer weitere Ferne rückt.“

Walter Steinmair

„D“: Zwei zentrale Stichworte.

Walter Steinmair: Was die Steuergerechtigkeit anbelangt, so lässt dieses Paket tatsächlich viel zu wünschen übrig. Es trifft ganz zentral den Mittelstand. Nun ist in diesem Sektor der Gesellschaft sicherlich der maßgebliche Teil der Leistungsfähigkeit der italienischen Volkswirtschaft zu lokalisieren. Das sollte aber dennoch nicht dazu führen, dass die Steuerlasten derart ungleich verteilt werden. Weitreichende Privilegien bestehen weiterhin. Zu beanstanden ist auch, dass das Monti-Paket, wie so viele Reformen der Vergangenheit, überwiegend einnahmenseitige Maßnahmen enthält. Italien hat primär ein Problem beim ineffizienten Ressourceneinsatz oder knapper Ausdrück: mit der Verschwendung öffentlicher Mittel. Hier ist keine Trendumkehr erkennbar.

„D“: Können Sie Beispiele für die erwähnte ungleiche Lastenverteilung nennen?

Hilpold: Da gäbe es sehr viele. Monti hat wie zuvor schon Berlusconi begonnen, Vermögenssteuern einzuführen. Diese treffen bestimmte Kategorien aber überhaupt nicht. In anderen Bereichen wirken sie stark regressiv. So werden nun Immobilien ganz massiv belastet. Ansatzpunkt sind aber wieder die Katasteraufzeichnungen. Diese sind vielfach völlig veraltet. Es ist bekannt, dass herrschaftliche Luxusvillen in den Zentren häufig als baufällige Altgebäude aufscheinen, Volkswohnbauten in der Peripherie werden hingegen voll und ganz erfasst. Zahlreiche Immobilien scheinen überhaupt nicht auf. Eine rein prozentuale Erhöhung der Katasterwerte oh-

ne vorherige grundlegende Katasterreform erhöht nur die bestehenden Ungleichgewichte.

Steinmair: Ein weiterer Punkt wäre die Besteuerung des Finanzvermögens. Die Mittelschicht wird hier mit einer prozentualen Steuer voll und ganz erfasst. Es wurde aber gleichzeitig ein Höchstbetrag von 1200 Euro eingeführt. Das bedeutet, dass das Finanzvermögen, das eine bestimmte Höhe übersteigt, völlig steuerbefreit ist. Die Steuerbefreiung setzt interessanterweise genau an dem Punkt ein, an dem wirklicher Reichtum beginnt. Mit dem verfassungsrechtlichen Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ist eine solche Regel mit Sicherheit nicht vereinbar.

Steinmair: Eine ungleiche Lastenverteilung ergibt sich auch durch die Pensionsreform, der einzigen wirklichen ausgaben-seitigen Maßnahme. Etwas mehr Augenmaß in der Vergangenen hätte jetzt diese drastischen Reformen erübrigt. Nun haben wir ein Zweiklassensystem: Eine große Gruppe von vielfach sehr rüstigen Pensionisten, die nur geringe Beiträge entrichtet hat, muss von Beitragspflichtigen finanziert werden, deren Pensionsanspruch in immer weitere Ferne rückt. Man spricht von wohlverordneten Rechten. Tatsächlich wird eine krasse Ungleichbehandlung zementiert.

„D“: Aber mit der Einführung einer Nachbesteuerung der aus dem Ausland rückgeführten Vermögen wurde einer wichtigen Forderung einzelner Parteien stattgegeben?

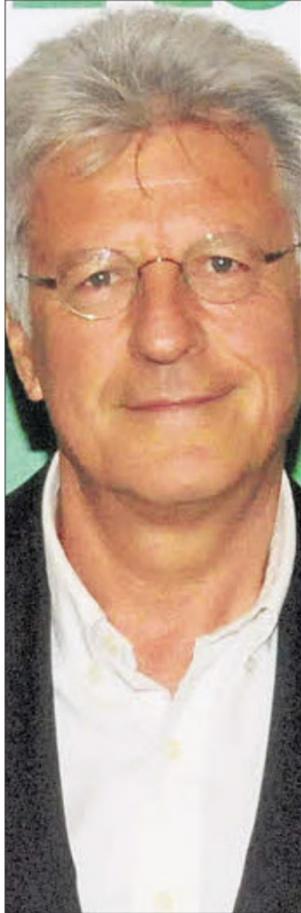
Hilpold: Alles, was in den Lehrbüchern über die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit steht, wird hier über Bord geworfen. Hier wird der Grundsatz des Vertrauensschutzes nachhaltig verletzt und eine sage und schreibe zehn Jahre zurück reichende Besteuerung eingeführt, wobei nicht die mindeste Garantie besteht, dass diese Vermögen tatsächlich noch vorhanden sind. Ich kann kaum glauben, dass diese Steuer tatsächlich so in Kraft treten wird, wie angekündigt. In vielen Fällen wurde Barvermögen nach Italien zurückgeführt, das dann in Italien an der Börse investiert wurde. In der Schweiz ist dieses Vermögen vielleicht niedrig verzinst worden, in Italien ist es aber innerhalb kurzer Zeit zum Teil verlorengegangen. Und jetzt soll auch noch eine Steuer darauf eingeführt werden? Hier sind grundlegende Reformen erforderlich. Diese Steuer ist insgesamt verfassungsrechtlich kaum zu vertreten.

„Eine völlige Befreiung von der Gebäudesteuer in der Landwirtschaft, so wie das in der Vergangenheit der Fall war, wird wohl politisch nicht mehr durchsetzbar sein.“

Peter Hilpold

„D“: Inwieweit ist dieses Paket noch verhandelbar?

Steinmair: Laut Monti sind die Spielräume gering. Die Vorgangsweise aller früheren Regierungen, die jedem Druck nachgegeben haben und alle Reform-



Walter Steinmair oe



Peter Hilpold gh

vorhaben der Vergangenheit sofort wieder verwässert haben, werden die Finanzmärkte nun nicht mehr tolerieren. Jedes Nachgeben müsste also zu einer Besteuerungserhöhung an anderer Stelle führen. Es ist ja bezeichnend, dass ein Großteil des zusätzlichen Aufkommens in Zukunft über eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer erzielt werden soll. Erneut eine Steuer, die regressiv wirkt, die primär den Mittelstand bzw. die unteren Einkommensschichten trifft und gegen die Widerstand nur schwer zu organisieren ist.

„D“: Inwieweit sind Änderungen zugunsten der Landwirtschaft noch möglich?

Hilpold: Hier wird es notwendig sein, dass die Parteien aufeinander zugehen. Eine völlige Befreiung von der Gebäudesteuer, so wie dies in der Vergangenheit der Fall war, wird wohl politisch nicht mehr durchsetzbar sein. Das können gerade die Arbeitnehmer nicht mehr akzeptieren, die ja voll und ganz von der neuen Steuer, auch auf die Erstwohnung, getroffen werden. Anders sieht die Situation hingegen bei den Wirtschaftsgebäuden aus. Hier erscheint eine weitere Steu-

erlenkung, vielleicht auch eine Befreiung durchaus denkbar.

„Die politische Klasse ist delegitimiert, da sie selbst nicht imstande war, die nötigen Reformen auf den Weg zu bringen.“

Peter Hilpold

Steinmair: Die steuerpolitische Diskussion wird wohl in Zukunft viel härter geführt werden, wenn solche Belastungen auch für die unteren Einkommensschichten anstehen. Die Landwirtschaft wird überlegen müssen, ob sie eine Differenzierung zwischen Berg- und Talbauern akzeptieren kann, wogegen sie sich bislang immer gesträubt hat. Ich kann mir aber vorstellen, dass ein gesellschaftlicher Konsens zu finden ist, Bergbauern, die am Existenzminimum arbeiten, in sehr weitreichender Form entgegenzukommen, diese also von der Steuer praktisch zu befreien.

„D“: Der Ausblick ist also insgesamt negativ, wie man im Finanzbereich sagt?

Hilpold: Es sind vor allem keine strukturellen Reformen erkennbar. Die politische Klasse ist delegitimiert, da sie selbst nicht imstande war, die nötigen Reformen auf den Weg zu bringen und sogar jetzt noch an ihren Privilegien festhält.

Steinmair: Auch jetzt noch scheint ein primäres Anliegen der Politik darin zu liegen, Pensionsprivilegien zu sichern. Das italienische Parlament, das sowohl von der Größe als auch von seiner Ausstattung her, eine pharaonische Dimension aufweist, verweigert sich jeder strukturellen Reform.

„D“: Und dabei ist noch gar nicht die Abhängigkeit Italiens von internationalen Finanzmärkten und von der Weltwirtschaft be-

rücksichtigt?

Steinmair: Sehr richtig. Die Situation ist aber insgesamt ambivalent; die Abhängigkeit ist eine wechselseitige. Gelingt eine Stabilisierung Italiens hätte dies sehr positive Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Die Sparmaßnahmen werden in Italien zu einer Umverteilung und zu einem Konsumrückgang führen. Eine Überwindung der Finanzkrise würde aber zu einem starken Wachstum der Weltwirtschaft führen. Die seit 2008 bestehende Finanzkrise wäre rasch überwunden. Italien würde von diesem Sog mitgerissen werden. Die Börsen könnten neue Höchststände erreichen – mit all dem damit verbundenen, positiven Auswirkungen, etwa für die Pensionsversicherung.

„Nicht nur in Italien, sondern europaweit muss eine neue Haushaltsdisziplin greifen.“

Peter Hilpold

Hilpold: Diese Krise muss als Chance gesehen werden. Nicht nur in Italien, sondern europaweit muss eine neue Haushaltsdisziplin greifen. Wahrscheinlich wird man dazu eine Schuldenbremse in der Verfassung verankern und gleichzeitig der EU einschneidende Kontrollrechte einräumen müssen, damit die Politik den Haushalt nicht mehr allein als Instrument für die Sicherung ihrer Wiederwahl sieht. Dazu gibt es aber noch viel zu tun. Wir stehen gerade in Italien allenfalls am Anfang dieses Reformprozesses. An seinem Ende wären Italien und Europa nicht wiederzuerkennen.

■ Buchtipp: Grundriss des italienischen Steuerrechts von Walter Steinmair und Peter Hilpold

Advent-Aktionswochen

1. Adventswoche

2. Adventswoche

4. Adventswoche

Exklusiv für Sparkasse-Kunden

5%

TurboSPAR

Angebot gültig vom 12.12. bis 16.12.2011

Die Südtiroler Sparkasse hat sich was Besonderes ausgedacht. In jeder der vier Adventswochen erwartet Sie ein spezielles Aktions-Angebot. Nutzen Sie diese einmalige Gelegenheit!

Turbo SPAR: Mehr Dynamik für Ihre Ersparnisse!

Mit der Advents-Aktion starten Sie mit 5% ins erste Jahr.*

(Gültig vom 12.12. bis 16.12.2011)

Mehr Bank.

SPARKASSE CASSA DI RISPARMIO

Webseite: www.sparkasse.it

* Gültig nur für Mehrwertsparkunden der Sparkasse. Die zugehörigen Sparhefte „Turbo SPAR“ im Aktionszeitraum vom 12.12. bis zum 16.12.2011 unterzeichnet werden.